Türkei im Kampf

INFORMATIONEN, BERICHTE UND KOMMENTARE ÜBER DEN KAMPF DES VOLKES DER TÜRKEI GEGEN FASCHISMUS UND IMPERIALISMUS

NR. 8 DM 1.- Sept. '81



WER GEWALT SÄT...

1. Jahrestag des 12. Septemberputsches

++

INHALTSVERZEICHNIS

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION ZUM JAHRESTAG DES PUTSCHES...

WER GEWALT SÄT...

Schon das äußere Bild der Städte hat sich verändert. Kaum noch ist ein Straßenhändler mit seinem kleinen Wägelchen zu sehen. Die Militärs haben diesen Kleinhändlern die Lizenzen entzogen. Verschwunden sind die Arbeitslosen, die an allen Ecken irgendwelche Dinge verkauften um sich wenigstens 10 Lira für ein Brot zu beschaffen. Sie wurden von den Strassen weg in Zugwaggons transportiert und in ihre Heimatdörfer zurückgebracht. Damit wurde ihnen die letzte Chance einen Arbeitsplatz zu finden genommen. An den Fußgängerübergängen bleiben die Menschen beim Aufleuchten der roten Ampel stehen. An den Ampeln sind Soldaten mit Bajonettgewehren stationiert. Überschreitet jemand bei Rot die Straße, wird ihm das Bajonett an die Brust gesetzt und er bleibt schleunigst stehen. Das Schaffen von Ruhe und Ordnung auf den Strassen durch die Militärjunta hat seinen speziellen Sinn und Zweck. Ertönt jetzt die Sirene eines Polizeieinsatzfahrzeuges sind alle Straßen sofort frei. Früher brauchten sie das dreifache an Zeit um irgendwohin zu fahren, weil sie sich durch das Straßengewühl schlängeln mußten.

In den Bussen schlägt einem unerträgliche Hitze entgegen. Die Kip Kippfenster dürfen jedoch nicht geöffnet werden. In großen Lettern steht darauf "das Öffnen der Fenster ist streng verboten". Früher wurden auf diese Kippfenster Handzettel und Flugblätter von Revolutionären häufig deponiert. Wenn der Bus anfuhr, wirbelten sie in hohem Bogen über die Straßen.

So wie die Militärjunta versucht das alltägliche Leben auf den Strassen unter ihre Kontrolle zu bringen, so versucht sie auch jeden einzelnen Stadtteil in ihren Militärgriff zu bekommen.

Die Meldepflicht, die auch schon vor dem 12.September bestand, wird jetzt scharf auf ihre Durchführung hin geprüft. Die Stadtviertelvorsteher wurden nach dem Putsch von der Junta alle abgesetzt und durch Militärs, meist pensionierte Offiziere ersetzt. Diese sorgen dafür, daß die für die einzelnen Häuser zuständigen Hauswarte jeden Bewohner überprüfen und feststellen, ob dieser gemeldet ist oder nicht. Auf Nichtbefolgen dieser Anordnung steht ebenfalls hohe Gefängnisstrafe. In regelmäßigen Abständen werden in den Arbeiterwohnbezirken, in den Slums und in den Vierteln in denen bekanntermaßen viele Revolutionäre lebten vor dem Putsch lebten Großrazzien der Armee durchgeführt. Jedes einzelne des betroffenen Viertel wird dabei jeweils durchgekämmt. Wer nur ein der Junta nicht genehmes Buch in seinem Schrank stehen hat, wird sofort verhaftet.

Geht man durch die Slumviertel - so trifft man fast nur auf Kinder, Frauen und alte Männer. Jugendliche und jüngere Männer sieht man fast gar nicht. Entweder wurden sie von den Greifkommandos der Polizei bei den üblichen Massenverhaftungen mitgenommen oder sie flohen vor der Unterdrückung in ländliche Gebiete.

In den Fabriken wurden alle mühsam erkämpften Rechte der Arbeiterklasse weggefegt. Die Unterdrückung jeglichen politischen Widerstandes in den Fabriken bedient sich mittelalterlicher Methoden. So wurde in einigen bekannt für die revolutionäre Einstellung ihrer Arbeiter, Fabriken wie Arçelik oder Profilo zeitweise das Sprechen während der Arbeitszeit vollständig verboten und Soldaten in den Fabrikhallen postiert. Überstunden sind zu unbezahlter Zwangsarbeit gemacht worden. Streik, Lohnforderungen auch nur aufzustellen sind verboten.

Die Schulen und Universitäten wurden zu Drill- und Militäranstalten umgewandelt. Die Ferienzeit wurde drastisch verkürzt und der Schulablauf wie in militärischen Ausbildungslagern reglementiert.

Die nationale Verfolgung und Unterdrückung des kurdischen Volkes hat neue Dimensionen angenommen. Bekanntlich hat der faschistische Staat auch mit einem Ecevit als politischem Aushängeschild die kurdische Nation brutal unterdrückt. Die Junta hat diese noch weiter systematisiert und vorangetrieben. Viele Dörfer, selbst in den entlegensten Gebieten werden immer wieder von Militäreinheiten durchkämmt, werden die Häuser der Bauern verwüstet und zerstört.

In die Gefängnisse hat die Militärjunta tausende und abertausende revolutionäre, fortschrittliche Menschen geworfen. Nach offiziellen Angaben sollen es bereits mehr als 25 ooo sein. lo Todesurteile wurden bereits vollstreckt, hunderte weitere beantragt oder bereits in Gerichtsverfahren verhängt. Ohne jeglich juristische Sanktion, wie Haftbefehl oder dgl. kann jeder Festgenommene erst einmal 90 Tage festgehalten werden. In diesen 90 Tagen, wo weder die Familie noch ein Anwalt erfährt wo und warum der Festgenommene sich in Polizeigewahrsam befindet, wird er systematisch gefoltert.

Hand in Hand mit der verschärften Repression geht eine ständige Verschlechterung der ökonomischen Lebensverhältnisse des Volkes der Türkei. Auch hier hat sich schon vom äußeren Bild her einiges geändert durch den 12.September. Es gibt keinerlei Käuferschlangen mehr vor den Geschäften, und in den Schaufenstern sind viele der Waren, die lange Zeit einfach nicht zu kaufen waren, ausgestellt Nur kann sie heute keiner mehr kaufen. Durch den Lohnstopp und die weiteren Preiserhöhungen können sich die arbeitenden Menschen wirklich nur noch das aller lebensnotwendigste kaufen. Die Arbeitslosenzahl ist auf 2 Millionen angewachsen, das entspricht 12% der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Die Junta verquickt die äußerst verschärfte Repression und die Versuche einer Sanierung der türkischen Wirtschaft auf Kosten des Elends der Werktätigen mit einer ebenso totalen Repression auf kulturellem Gebiet. Alle Massenmedien laufen gleichgeschaltet. Fortschrittliche Literatur ist verboten.

Ideologisch versucht die Junta durch eine breitangelegte Propaganda des türkischen Chauvinismus und Nationalismus ihre Herrschaft abzusichern.

Blickt man auf diese Bilanz der einjährigen Herrschaft der Militärjunta, drängt sich natürlich sofort die Frage auf - wie hat es die Junta schaffen können, so schnell und so rigoros die breite spontane Massenbewegung wie sie vor dem 12. September existierte

(Fortsetzung S.12)

HUNGERSTREIK im Mamak Gefängnis

Nur vereinzelt berichteten deutsche Tageszeitungen Ende Juli über ein Ereignis in der Türkei, das im allgemeinen von Presse und Rundfunk totgeschwiegen wurde: über den Hungerstreik im Gefängnis "Mamak" in Ankara. Auslöser für diesen Hungerstreik war ein neues Gesetz der faschistischen Junta, das festlegt, daß bereits verurteilte Gefangene von der politischen Polizei neu verhört werden können. In Klar - schrift bedeutet dies, daß wenn es den Faschisten genehm ist, jeder politische Gefangene nach seinem Prozeß, nach seiner Verurteilung, denen bereits vor der U-Haft eine dreimonatige Polizeihaft (d.h. vor der regulären U-Haft ist eine 3-monatige Polizeihaft ohne Haftbefehl und richterliche Vorführung) vorgeschaltet ist, in der mit brutalsten Foltermethoden "Verhöre" durchgeführt werden und versucht wird Geständnisse zu erpressen, erneu von der politischen Polizei geholt und nochmal dieser Prozedur ausgesetzt werden können.



Aus Protest gegen dieses faschi - stische Gesetz beschlossen die politischen Gefangenen in den Hungerstreik zu treten. Auf Zigarettenpapier geschrieben, verbreitete sich die Nachricht über den Hungerstreik im ganzen Gefängnis, und zahlreiche Gefangene aus verschiedenen revolutionären Gruppen und Organisationen schlossen sich ihm an. Die faschistische Gefängnisleitung wollte natürlich verhindern, daß die Nachricht darüber an die Öffentlichkeit drang. Rollkomandos, die die im Hungerstreik befindlichen Gefangenen in ihren Zellen zusammenschlugen, und sie so zur Aufgabe des Hunger - streiks zwingen wollten, wurden eingesetzt, die Gefangenen in Isolationshaft genommen. Aber trotz dieser Repressalien breitete sich der Hungerstreik immer mehr aus. So schlossen sich in Istanbul weitere Gefangene aus zwei Gefängnissen dem Hungerstreik an. Zu diesem Zeitpunkt nahmen nun rund 5oo Personen an dem Hungerstreik teil. Es konnte nicht verhindert werden, daß die Nachricht über den Hungerstreik an die Öffentlichkeit drang, zwei türkische Tageszeitungen, die Cumhuriyet und Tercüman sahen sich gezwungen, über ihn zu berichten.

Auch die Ziele des Hungerstreiks erweiterten sich, er richtete sich jetzt nicht nur gegen das faschistische Gesetz, sondern es wurden Forderungen, die die Verbesserung der allgemeinen Situation der Gefangenen betrafen, wie besseres Essen, ein eigenes Bett für jeden, erweitertes Besuchsrecht für Anwälte und Angehörige gestellt.

Aus einem Flugblatt von Partizan, deren Anhänger sich auch an dem Hungerstreik beteiligten, haben wir erfahren, daß zwei Revolutionäre von Partizan durch Folter während des Hungerstreiks ermordet wurden, und sich zwei weitere im Koma befinden.

Wir wissen nichts darüber ob und wenn ja wie der Hungerstreik beendet wurde. Wir finden jedoch, daß er auf jeden Fall wichtig war, weil er der erste größere organisierte Widerstand gegen die faschistische Militärjunta, eine in der Praxis durchgeführte Aktionseinheit der Revolutionäre verschiedener Organisationen war. Er be - weißt, daß ein Widerstand gegen die Junta möglich und machbar ist.

NACHFOLGEND VERÖFFENTLICHEN WIR AUFRUFE VERSCHIEDENER REVOLUTIONÄRER ORGANISATIONEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI. DER ERSTE AUFRUF IST VON DER TKP/ML (B), DER ZWEITE VON EINEM DEUTSCHEN SOLIDARITÄTSKOMITEE UND DER DRITTE VON DER ORGANISATION DEV.SOL (REVOLUTIONÄRE LINKE).

AUFRUF
Zur Unterstützung derpolitischen Gefangenen



Tausende von Revolutionären ver - schiedener Organisationen führen heute in den Kerkern und Folterkammern des Faschismus einen helden - haften Widerstands- und Überlebungskampf. Die Revolutionäre führen ihren Kampf zur Befreiung des werktätigen Volkes auch in den Kerkern, Folterkammern und vor den Gerichten des Faschismus weiter fort.

Zuletzt zeigte der Hungerstreik im Gefängnis Mamak, den 4o Revolu - tionäre begannen, und der sich immer weiter ausbreitete, daß sich die Revolutionäre nicht dem Faschismus beugen, und sich ihm nicht ergeben werden!

Revolutionäre, Demokraten ...

Die Revolutionäre, die sich heute in den Kerkern des Faschismus befinden, kämpften alle, egal welcher Organisation sie angehören, für die Befreiung des Volkes. Sie kämpften gegen Faschismus, Imperialismus und nationale Unterdrückung, für eine unabhängige und demokratische Türkei, für den Sozialismus. Aus diesem Grund sind sie heuter hinter Gitter.

Unsere Aufgabe heute besteht darin, sie nicht in den Kerkern, Folterkammern und vor den Gerichten des Faschismus allein zu lassen, sondern uns für sie einzusetzen. Ihre Befreiung ist natürlich letztlich abhängig vom Fortschreiten des revolutionären Kampfes. Von daher besteht die konsequenteste Hilfe für sie in der Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes. Aber parallel dazu, ist es auch unsere Aufgabe konkrete Hilfe zu leisten, um den revolutionären Brüdern und Schwestern im Knast die heutige Situation zumindestens etwas zu erleichtern.

Die Schwäche der revolutionären Organisationen, die große Niederlage, die diese erlitten, sowie das fehlende Bewußtsein für die Dringlichkeit dieser Aufgabe, sind Gründe dafür, daß heute viele revolutionäre Gefangene in den Kerkern sich selbst überlassen und ohne Hilfe dastehen. Aus finanziellen Schwierigkeiten können sich viele keinen Anwalt leisten.

Genau diese Situationen jedoch kann man für einen Teil der Gefangenen verbessern. Dies ist abhängig von der Opferbereitschaft der Revolutionäre draußen. Wir rufen deswegen alle Revolutionäre und Demokraten auf; solidarisiert euch mit den revolutionären Gefangenen! Beteiligt euch an der Kampagne, die dazu eröffnet wird!

Wir rufen alle revolutionären Organisationen auf; schafft zur Durchführung dieser Aufgabe in diesem Punkt eine Einheit.

RETTET DAS LEBEN VON SÜLEYMAN CÍHAN,

AN DIE DEMOKRATISCHE UND FORTSCHRITTLICHE ÖFFENTLICHKEIT !

AN JEDEN, DER VON SICH BEHAUPTET, DASS ER FÜR DIE MENSCHENRECHTE EINTRITT !

Seit dem 1. August 1981 ist SÖLEYMAN CIHAN spurlos verschwunden.

Wer ist SÖLEYMAN CIHAN?

SÖLEYMAN CIHAN ist ein Revolutionär und Antifaschist, der seit 1974 vom türkischen Staatsapparat gesucht wird. Er lebte, wie der größte Teil des Volkes der Türkei in Elend und bitterster Armut. Als Kurde ist er Angehöriger jener Nation, die in der Türkei besonders unterdrückt wird. SÖLEYMAN CIHAN verschrieb sein Leben dem Kampf seines Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die Abhängigkeit seines Landes von den imperialistischen Mächten. Er kämpfte für die Unabhängigkeit der Türkei und für Volksdemokratie.

Die faschistische Militärjunta verfolgte ihn als "Führer der TKP/ML". Sie gab den Befehl ihn sofort zu erschießen, wenn er gesehen würde. Den Faschisten war jedes Mittel recht, um ihn zu finden. Unter der Maske 'militärischer Operationen' führten sie mehrere Überfälle durch, bei denen SÜLEYMAN erschossen werden sollte. Um zu erfahren, wo er sich aufhielt, wurden seine Frau und seine beiden Kinder mehrmals zur Folter geschleppt. Die Folterknechte gingen dabei so brutal vor, daß seine 9-jährige Tochter heute geistesgestört ist. Auch die Gesundheit seiner Frau hat unter der Folter schwer gelitten. Als sie ihn nicht kriegen konnten, terrorisierten sie wütend seine Umgebung und folterten sogar seine Nachbarn.

Dies zeigt uns deutlich, wie wichtig es für die faschistische Henker war, diesen Revolutionär zu verhaften, und ihn umzubringen.

Jetzt ist es ihnen gelungen, ihn zu fassen. Seit seiner Festnahme ist nicht bekannt, wo er ist. Es ist offensichtlich, daß die faschistischen Blutsauger diesen Revolutionär, den sie so wütend gejagt haben, in die Folterkerker verschleppt haben. Das Leben von SÖLEYMAN CIHAN ist in großer Gefahr, denn die Faschisten wollen ihn töten. Nur durch Druck auf die Junta kann sein Leben gerettet werden.

Wir fordern alle Antifaschisten in der BRD auf, sich mit SÖLEYMAN CIHAN zu solidarisieren. Kämpfen wir dagegen, daß er durch Folter umgebracht wird.

Diesen Kampf verstehen wir als einen Teil des Kampfes unseres Volkes verschiedener Nationalitäten gegen die Unterdrückung und Ausbeutung durch die Militärjunta!

NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN JUNTA !

KÄMPFEN WIR GEGEN FOLTERUNG, TODESURTEILE UND JEGLICHE UNTERDRÜCKUNG !

TÜRKEI-NACHRICHTEN DEVRIMCI SOL "REVOLUTIONÄRE LINKE"

SOLIDARITÄT

Mit allen politischen Gefangenen in der Türkei,

die sich unter unmenschlichen Bedingungen und FOLTERUNGEN befinden

Die faschistische Militärjunta in der Türkei setzt den Kampf gegen linke Organisationen und Personen mittels Demagogie und Lügen überall im Lande fort, den sie sofort nach dem Putsch begonnen hat.

Zur Zeit kämpfen die Zehntausende demokratischen Verhafteten in Gefängnissen weiter gegen die politische Unterdrückung durch den Staat.

Diese Gefangenen rufen uns durch ihre eigenen Briefe zu:

"... Wir appellieren an die Demokraten, die demokratischen Massenmedien, die internationale Arbeiterklasse, an jeden, der gegen Folterung ist und an amnesty international:
Schweigt nicht zu diesen in der Türkei angewendeten ungeheuren Folterungen, veröffentlicht die Praktiken der faschistischen Junta in der Türkei; zeigt uns Revolutionären, Intellektuellen, Demokraten, die unter Folterungen in den Gefängnissen stehen und dem Volk der Türkei eure Solidarität."

(Die Gefangenen des Gefängnisses Sultanahmet/Istanbul)

"... Trotz dieser unmenschlichen Lebensbedingungen, bereuen wir nicht und werden wir nicht bereuen, daß wir hier sind, weil wir die Verteidiger der unterdrückten Menschen sind."

(Die Gefangenen des Gefängnisses Toptasi/Istanbul)

"... Wir alle sind zu verschiedenen Zeiten im Polizeipräsidium der Sicherheitsbehörde in Istanbul gefoltert worden. Einige der Foltermethoden: Elektroschocks an allen Körperteilen, auch an den Geschlechtsorganen; Bastonade; eiskalte Bäder; Ausreissen der Fingernägel; brutale Prügel; Aufhängen an einem Kreuz; Trinken von salzigem Wasser und Urin; Schlagen bei Hängen an der Decke, Beine nach oben usw. Natürlich sind dies nur die häufigsten Foltermethoden. Es gibt noch viele andere Methoden. Wir legen diesen Brief in Eure Hände."

(Die Gefangenen des Gefängnisses Hasdal/Istanbul)

Die von den Gefangenen eigenhändig geschriebenen Briefe beweisen, daß die Junta und ihre faschistischen Generäle lügen, wenn sie behaupten, daß

- die Junta gegen Folter sei,
- in den Gefängnissen keine Folterungen durchgeführt würden,
- diejenigen, die foltern, nur einige Personen seien, die mit dem Regime nichts zu tun hätten, usw.

In unserem Lande, in dem man auch nicht im Geringsten von Demokratie und Menschenrechten sprechen kann, will die faschistische Militärjunta den Kampf gegen linke Organisationen und Personen durch Hinrichtungen verschärfen. Die faschistischen Putschgeneräle haben bisher 6 Patrioten hingerichtet und wollen noch über 5oo - darunter 51 Funktionäre der Revolutionären Arbeitergewerkschaftskonföderation - DISK und viele Führer linker Organisationen - mit Hinrichtung bedrohen.

Angesichts dieser Folterungen, Unterdrückungen, Hinrichtungen und faschistischen Terroraktionen in der Türkei rufen wir alle demokratischen Kräfte auf,

- sich mit den politischen Gefangenen in der Türkei zu solidarisieren ;
- die politischen Gefangenen und ihre Familien zu unterstützen ;
- alle möglichen Aktionsformen, die in Euren Kräften stehen, zu entwickeln und zu verwirklichen, damit den politischen Gefangenen geholfen werden kann;
- die Militärdiktatur zu isolieren und als faschistisches Regime zu entlarven.



Der türkische Staat wurde in alle Ewigkeit zum Schuldner der Herren Siemens... (R. Luxemburg)

Der deutsche Imperialismus und die Türkei TEIL 2

VOM ENDE DES 1. ZUM ENDE DES 2.WELTKRIEGS

Wir haben diese Serie mit einem Artikel R.Luxemburgs ("Türkei im Kampf" Nr.4) begonnen. Rosa Luxemburg schildert in diesem Artikel die Entwicklung der kolonialen Abhängigkeit der Türkei vom deutschen Imperialismus seit den 80 er Jahren des letzten Jahrhunderts bis hin zum Ausbruch und zum Verlauf des 1.Weltkriegs. Im folgenden Artikel geht es um die Entwicklung der halbkolonialen Abhängigkeit der Türkei vom deutschen Imperialismus bis zum Ende des 2.Weltkriegs.

DER ERSTE WELTKRIEG UND DER BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES DER TÜRKEI GEGEN DEN IMPERIALISMUS

Die Türkei bewahrte nach der jeune-turc-Revolution ihren halbkolonialen Charakter. Die Türkei blieb ein Spielball der imperialistischen Mächte, auch wenn sie politisch als unabhängig galt. So war es nur eine konsequente Folge dieser Lage, daß die Herrschenden der Türkei an der Seite des imperialistischen Deutschlands am 1.imperialistischen Weltkrieg teilnahmen. Als Deutschland den Krieg verlor, fielen die Entente-Siegermächte über die Türkei her und teilten sich die Beute. Es kam zu den ungerechten Verträgen von Sèvres (August 1920), in denen das Territorium der Türkei zerstückelt und den Einflußbereichen der verschiedenen imperialistischen Mächte zugeteilt wurde. Gegen diesen "Raubfrieden erhob sich das Volk der Türkei in einem nationalen Befreiungskampf. An dessen Spitze setzte sich Mustafa Kemal ("Atatürk") und er endete damit, daß zwar ein Großteil des verloren gegangenen Territoriums zurückgewonnen wurde, aber die Türkei nach wie vor in halbkolonialer Abhängigkeit von den imperialistischen Mächten verblieb. "Atatürk" söhnte sich mit den englischen Imperialisten aus, ging mit ihnen einen Kompromiß ein, da sowohl die englischen Imperialismus als auch die türkischen Großgrundbesitzer und Kompradoren, deren Vertreter Kemal war, kein Interesse an einem siegreichen nationalen Befreiungskrieg hatten, der sowohl mit der Abhängigkeit vom Imperialismus, wie auch mit feudaler Unterdrückung Schluß gemacht hätte.

DER WIEDERERSTARKTE DEUTSCHE IMPERIALISMUS NUTZT DIE GUNST DER STUNDE

Nach dem Ende des Befreiungskriegs, dem Kompromiß der türkischen Kompradoren und Großgrundbesitzer mit den Entente-Mächten, drang verstärkt englisches und französisches Kapital in die Türkei ein. Das ergab sich direkt aus den veränderten Machtverhältnissen im Ergebnis des 1.Weltkriegs.

Der deutsche Imperialismus hatte eine Niederlage erlitten und war zunächst einmal aus dem Rennen geworfen - allerdings nur vorübergehend. Denn bereits Ende der 20 er Jahre bereits erstarkte der deutsche Imperialismus wieder und begann zunehmend sein verloren gegangenes Terrain zurückzuerobern - so natürlich auch in der Türkei !

Die Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 30 er Jahre hatte auch zu einer enormen Schwächung der türkischen Wirtschaft geführt. Der türkische Außenhandel erreichte in den Jahren 1932/33 das niedrigste Niveau. Der Gesamtexport der Türkei betrug 1930 150 Mill.Lira und sank bis 1939 auf 90 Mill.Lira ab. Der Import betrug 1930 145 Mill.Lira und fiel 1933 auf 75 Mill..

In dieser Situation begann die deutsche Bourgeoisie ihre Handelsbeziehungen zur Türkei erheblich zu verstärken. Der Anteil Deutschlands am Export der Türkei stieg von 10,6% im Jahr 1931 bis auf 51% im Jahr 1936. Im selben Zeitraum stieg der Anteil Deutschlands am Import von 21% auf 45,9%. Währenddessen sank beispielsweise der Export der Türkei nach Frankreich in dem selben Zeitraum von 12% auf 3,1%, der Import aus Frankreich, der sich 1930 auf 10,1% belief, auf 2,5% im Jahr 1936.

In den Jahren der Krise kaufte Deutschland im Unterschied zu anderen Ländern die landwirtschaftlichen Produkte der Türkei, wie z.B. Obst - 75% der gesamten Rosinenernte, sowie 60% der Feigen usw. - in unbegrenzter Menge auf und das sogar zu Preisen, die über dem Weltmarkt lagen. Aber die deutsche Bourgeoisie bezahlte nicht mit Valuta - die Valutaausfuhr für eingeführte Waren war verboten -,sondern bot dafür seine Industrieerzeugnisse an, in erster Linie Waffen.

Gleichzeitig verschaffte sich der deutsche Imperialismus damit eine Monopolstellung bei einigen wichtigen Produkten des türkischen Exports. Z.B. wurde die Baumwollernte auf einige Jahre im voraus aufgekauft.

R.Davos schildert in seinem Artikel "Die Expansion des faschistischen Deutschlands in der Türkei" den Mechanismus der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern:

"1.Laut dem bestehenden türkisch-deutschen Handelsvertrag, hatte die Türkei das Recht 20% mehr Waren nach Deutschland auszuführen, als aus Deutschland einzuführen; 2. die in Deutschland gekauften Waren wurden nach dem Clearing-System bezahlt; 3. die Einschätzung der Waren wurde nach dem Kurs des im voraus festgesetzten Wertes der Mark vorgenommen. Formell war der Kurs der Mark hoch, aber auf der Börse wurde er sehr niedrig angesetzt, da die Mark faul war. Das Clearing-System und die faule Mark sicherten Deutschland den Verkauf seiner Waren zu einem hohen Preis, den Einkauf der türkischen Waren jedoch zu einem Spottpreis. Es ist offensichtlich, daß Deutschland bei diesem Handel am meisten gewann." (Artikel aus "Kommunistische Internationale" Nr.2/1938)

Mit der Reise Schachts 1936 in die Türkei verstärkte sich auch das Eindringen der deutschen Großindustrie in die Türkei. So erhielt z.B. Krupp anfang 1937 einen Auftrag für den Bau von 12 Fracht- und Postdampfern.

"UNSERE SACHE ENTWICKELT SICH ... AUCH IN DER TÜRKEI ERFOLGREICH" GÖBBELS

Dieser Ausspruch Göbbels' auf dem Parteitag der NSDAP in Nürnberg charakterisiert sehr treffend die Erfolge des Vordringens des deutschen Imperialismus und Faschismus in der Türkei, und das nicht nur auf ökonomischem Gebiet.

Sowie der deutsche Imperialismus wieder ökonomisch Fuß in der Türkei gefaßt hatte, versuchte er seinen Einfluß durch massiven politischen Druck, durch faschistische Propaganda und Unterstützung faschistischer Parteien zu zementieren und auszubauen.

Bei der Verbreitung der faschistischen Propaganda bedienten sich die deutschen Faschisten der verschiedensten Methoden.

Neben dem Bemühen, die schon bestehenden kulturellen und sportlichen Verbindungen dafür zu nutzen, stützten sie sich auch unmittelbar sehr stark auf die in der Türkei lebenden und arbeitenden Deutschen. Es gab eine richtige Kolonie von Auslandsdeutschen in der Türkei. Sie arbeiteten in Handelsorganisationen, Banken, Universitäten und in Betrieben als Techniker und Ingenieure. Sie waren in Verbänden organisiert und schickten z.B. eine Delegation zur Teilnahme an dem 5.Kongreß der "Organisation der Auslandsdeutschen" in Stuttgart.

Die deutschen Faschisten entfalteten auch eine rege Tätigkeit, um Agenten anzuwerben und für deutsche Interessen arbeiten zu lassen.

> Am 22.Juni1940 schreibt N.Nadir in Cumhurriyet:
> Unter den Staatsmännern von heute gibt es bestimmt niemanden, der unseren einzigen Führer "Atatürk" nicht hochachtet und seine wunderbare Persönlichkeit nicht versteht. Aber wir können mit 100% Sicherheit sagen, daß kein Staatsmann seine hohe Meinung und seine tiefen Gefühle über "Atatürk" so klar und unmißverständlich dargelegt hat wie das deutsche Staatsoberhaupt, A.Hitler.

Eine andere Infiltrationsmöglichkeit bot die Tatsache, daß 80% der türkischen studierenden Jugendlichen an deutschen Universitäten studierte. Die Faschisten versuchten massiv diese Tatsache dazu zu benutzen, die studierenden Jugendlichen vor ihren Karren zu spannen. Die Zeitung Cumhurriyet sprach diese Ziele offen aus:

" Die in Deutschland studierende Jugend und Intelligenz hat, außer der Pflicht gegenüber ihrer Heimat noch eine Pflicht, alles, was sie in Deutschland sah, anzuwenden, es unserem Volk einzuimpfen." (Cumhurriyet 1.3.1937)

Vor allem aber stützten sich die deutschen Imperialisten auf die bereits seit dem 1.Weltkrieg bestehenden Verbindungen zwischen der deutschen und türkischen Armee. Bereits in den zwanziger Jahren wurden wieder zunehmend deutsche Militärfachleute zur Ausbildung der türkischen Armee in die

Deutsche Botschaft
No. A 524/42 vertraulich Ankara,27.8.42

An das Außenministerium

Berlin
betrifft: Die Ansichten des neuen türkischen Ministerpräsidenten über die türkischen Minderheiten und die Zukunft Rußlands

Ich habe heute dem neu nominierten türkischen Ministerpräsidenten meinen ersten Besuch abgestattet....Der Ministerpräsident sagte, daß er meine Fragen sowohl als ein Türke als auch als Ministerpräsident beantworten werde.

Als Türke wolle er sehnsüchtig, daß Rußland vernichtet werde. Das sei ein Ziel von dem das türkische Volk seit Jahrhunderten träumt, und wenn der Führer diesen Traum verwirklichen könnte, würde er eine neue Epoche eröffnen. Kein einziger Türke, nicht einmal der Englandfreund Yalain denke in dieser Frage anders.

NO. 27

PAPEN'DEN ALMAN DISIŞLERI OFISI'NE *

Alman Elçiliği
No. A 524/42 gizli Gizli

Dışişleri Ofisi,
Berlin Ankara, 27 Ağustos 1942

SIYASI RAPOR!

Özü: Yeni Türk Başbakanı'nın Türk Azınlıklar ve Rusya'nın Geleceği konusundaki görüşleri

Deutschland könne dieses Ziel nur erreichen, wenn es die Hälfte der Russen ermorden, und die Gebiete der nationalen Minderheiten lostrennen und sie selbständig machen und sie zu Slavenfeinden und Freunden der Achsenmächte erziehen würde. Als die Allierten einen Teil des Menschenpotentials Rußlands vernichteten sind sie den einzig richtigen Weg gegangen...... Papen

Türkei entsandt - und es versteht sich von selbst, daß sie ihre Tätigkeit vor allem auch darin sahen, für die Ziele und Interessen des deutschen Imperialismus in der türkischen Armee, insbesondere im Offizierskorps, zu werben.

DIE TÜRKEI - HALBKOLONIE DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS IM 2. WELTKRIEG

Die Bemühungen des deutschen Faschismus in der Türkei trugen bald schon Früchte. Die Türkei wurde sowohl ökonomisch, wie auch politisch de facto eine Halbkolonie des deutschen Imperialismus. I. Kaypakkaya beschreibt diesen Zeitabschnitt der türkischen Geschichte folgendermaßen:

"Später bei Beginn des zweiten Weltkrieges geschah folgendes: Die faschistischen deutschen Imperialisten bekamen die Türkei vollkommen unter ihre Herrschaft. Die Clique, die in der CHP die Macht hatte, wurde ganz und gar zum Spielball der deutschen Imperialisten, zu deren fügsamen Sklaven. Diese Clique begann, die Hitlersche faschistische Tyrannei und jene Regierungsmethoden auch auf die Türkei anzuwenden. Im Rahmen der Formierung in verschiedene Lager auf der Welt reihte sich diese Clique an der Seite des deutschen Faschismus ein. Daß sie nicht offen an dessen Seite in den Krieg trat, liegt daran, daß das Kräftegleichgewicht auf der Welt dieses nicht erlaubte, und daß durch den Druck der sozialistischen Macht in der Sowjetunion der Krieg sich zu ungunsten des deutschen Imperialismus wendete."

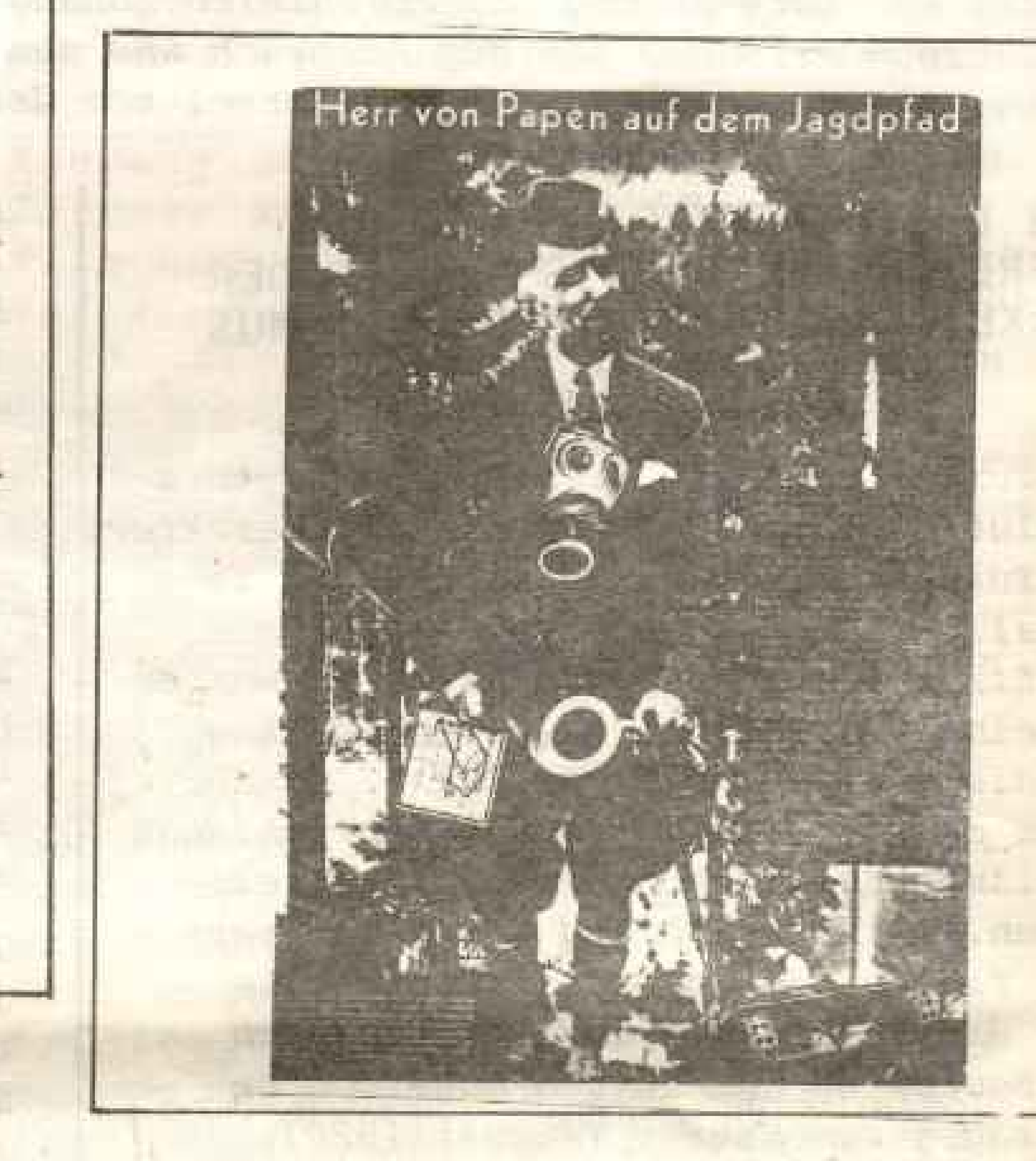
Die ökonomische "Zusammenarbeit" zwischen dem deutschen Imperialismus und der türkischen Kompradoren- und Großgrundbesitzerclique bestand vor allem in der Lieferung wichtiger Rohstoffe. Am 9. Oktober 1941 wurde zwischen der türkischen und der deutschen Regierung ein Wirtschaftsvertrag geschlossen, wonach die Türkei aus Deutschland Rüstungsgüter in Höhe von 1 000 Millionen TL im Ausgleich für Chromlieferungen erhalten sollte. Die Chromlieferungen beliefen sich auf 90 000 Tonnen im Zeitraum zwischen 1943-44.

Chrom war ein besonders wichtiger Rohstoff für die Rüstungsindustrie.

DER US-IMPERIALISMUS TRITT NACH DEM 2.WELTKRIEG DIE NACHFOLGE DES DEUTSCHEN FASCHISMUS AN

Mit der Niederlage des deutschen Faschismus im 2.Weltkrieg und dem Sieg der Allierten fand auch in der Türkei ein "Machtwechsel" statt. Der US-Imperialismus trat die Nachfolge in der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung der Türkei an.

Aber auch diesmal, wie nach dem Ende des 1. Weltkrieges sollte der deutsche Imperialismus bald wieder erstarkt auf den Plan treten.



Die „Demokratie" von Juntas Gnaden

Die Führer der faschistischen Junta wurden seit ihrer Machtübernahme am 12. September bis heute nicht müde zu erklären, daß sie die "echte Demokratie" einführen würden. Was sie unter "echte Demokratie" verstehen, hat ein Jahr ihrer Praxis gezeigt. Ihre "echte Demokratie" bedeutet die Erschießung, Ermordung von Dutzenden von Revolutionären; das Einsperren von Tausenden, Zehntausenden von Demokraten, Fortschrittlichen, Revolutionären und Kommunisten hinter Gitter; ihre Folterung mit grausamsten unmenschlichsten Methoden; Gerichtsprozessen, in denen für Hunderte von Revolutionären die Todesstrafe gefordert wird. Ihre "echte Demokratie" bedeutet, daß es das Recht der 5 Junta Führer ist, über die Erhaltung oder Aufhebung aller demokratischen Rechte zu bestimmen, daß das Streikrecht und das Recht auf Organisierung in Gewerkschaften aufgehoben ist, die Löhne mit Bajonettengewalt eingefroren werden, und versucht wird mit Waffengewalt im ganzen Land Todesstille zu schaffen.
Preiserhöhung-, Unterdrückung, Folter, Morde, das sind die Methoden zum Schutze der "Demokratie", die die Juntachefs vom 12. September von den vorhergegangenen Regierungen übernommen haben. Durch die Machtergreifung der Junta hat sich der klassenmäßige Charakter der Macht in unserem Land nicht verändert. Die Macht liegt noch immer in den Händen der Handlanger der Imperialisten, der Kompradorenbourgeoisie und Großgrundbesitzern. Was sich mit dem 12. September änderte war, daß an Stelle einer faschistischen Diktatur, die sich hinter der Maske der "parlamentarischen Demokratie" zu verbergen suchte, nun eine offene faschistische Militärdiktatur trat, die auch diese Maske abwarf.
Die 12 September Junta war der letzte Ausweg der herrschenden Klassen, um ihre erschütterte durch die wachsende revolutionäre Bewegung des Volkes bedrohte Macht weiterhin aufrecht zu erhalten.
Dadurch, daß alle politischen Parteien, die Vertreter der verschiedenen Flügel der herrschenden Klassen im Parlament, das Vertauen der Volksmassen verloren hatten, und die Parteien nicht in der Lage waren, die für die herrschenden Klassen notwendige 'Verständigung' herzustellen, wurde die offene faschistische Junta zur einzigen Alternative der herrschenden Klassen; das Parlament, welches seine Aufgabe die Massen zu betrügen'einstweilen' nicht mehr erfüllen konnte, wurde aufgehoben, und die Arbeit der Parteien eingefroren. Um die erschütterte Macht der herrschenden Klassen wieder zu festigen, setzte die Junta einerseits das faschistische Heer in allen Gebieten ein; und versuchte andererseits mit einer breitangelegten Demagogiekampagne das verlorene Prestige der herrschenden Klassen wieder herzustellen. Dabei haben sie wichtige Erfolge erzielt. Nachdem die Junta die Macht übernommen hatte. wurden die Streitigkeiten innerhalb der herrschenden Klassen vorübergehend-für ein höheres gemeinsames Ziel- d.h. für die Festigung der Macht der herrschenden Klassen als ganzes auf den zweiten Platz geschoben. Dafür war man auch bereit einige Opfer, z.B. einige über Jahre hinweg den herrschenden Klassen dienende Politiker, zu opfern. Die werktätigen Massen, hatten vor dem 12. September durch schwere und blutige Kämpfe eine Reihe von demokratischen Rechten erringen können. Tagtäglich mußten sie für die Beibehaltung dieser Rechte neue Kämpfe führen. Jedoch nach dem 12 September waren sie gezwungen sich gegenüber dem faschistischen Terror zurückzuziehen. Die Junta hob nun auch offiziell eine Reihe von demokratischen Rechten auf. Die vorübergehende Stabilität, die die herrschenden Klassen durch die Junta erzielte, verschlechterten - auch wenn dies nur eine vorübergehende Erscheinung ist - die Kampfbedingungen der werktätigen Klassen gegen das System. Die Junta versucht nun ihre 'Erfolge', die sie im Namen der herrschenden Klassen erzielte, durch neue Gesetze zu festigen. Ihr Ende Juli veröffentlichtes Gesetz über die 'Konstituierende Versammlung' ist ein Schritt in diese Richtung, und gibt genügend Auskunft über den Charakter der 'echten Demokratie', die die Junta zu schaffen verspricht.

OBER DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG

Nach dem von der Junta am 29.6.81 beglaubigten "Gesetz Nr. 2485 über die Konstituierende Versammlung" bildet sich die Konstituierende Versammlung aus dem Nationalen Sicherheitsrat und der Beratenden Versammlung, deren Gründungsbedingungen, Aufgaben und Rechte in dem Gesetz bestimmt werden"
In Absatz 3 des Gesetzes steht über die Struktur der Versammlung, die man anstelle 'Beratende Versammlung' besser 'Jasager' Versammlung nennen sollte, folgendes:

"3. Die Beratende Versammlung bildet sich aus 16o Mitgliedern, davon werden 13o Mitglieder von dem nationalen Sicherheitsrat, aus den nach den unten genannten Bedingungen von jeder Provinz aufgestellten, Kandidaten gewählt. Weitere 4o Mitglieder werden direkt von dem nationalen Sicherheitsrat gewählt."

Ja, das ist das Werk der 'echten Demokratie' der sich nationaler Sicherheitsrat nennenden faschistischen Militärjunta.
Eine "Konstituierende Versammlung" wird geschaffen, denn wir sind für die Demokratie, deswegen ist eine konstituierende Versammlung notwendig! Aus wem wird sich aber diese Konstituierende Versammlung wohl zusammensetzen? Aus der Junta und der Beratenden Versammlung! Denn bei der Demokratie! und besonders bei einer offensichtlich von oben aufoktruierten Kariktatur der Demokratie wie bei uns, ist es ganz normal, daß die Junta in der Versammlung Platz nimmt und die Demokratie kontrolliert. Das muß man schon entschuldigen ! Einen so kleinen Mangel kann man überall finden. Außerdem setzt sich die konstituierende Versammlung ja auch nicht allein aus der Junta zusammen. Es gibt ja auch noch die beratende Versammlung. Deren Gründung ist jedoch ein zweiter Witz: Die Junta begnügt sich nicht nur damit sich selbst in die konstituierende Versammlung zu beordern, um sicher zu gehen. Um die Demo kratie schützen zu können, wird auch noch eine Beratende Versammlung gegründet. Diese Versammlung setzt sich aus 16o Mitgliedern zusammen. Von diesen 16o Mitgliedern wählt (besser gesagt ernennt) der nationale Sicherheitsrat (d.h. die Junta) 4o Mitglieder direkt selbst. Na soviel muß man der Junta schon zugestehen, denn schließlich war es doch sie, die unter großen Opfern die Demokratie rettete! Zurück bleiben also noch 12o Mitglieder. Wie werden diese wohl gewählt? Diese? diese werden "Ganz demokratisch" gewählt. In dem Gesetz Nr. 2485 ist von vorneherein festgelegt, wieviel Mitglieder in jeder Provinz gewählt werden. Demnach sendet Istanbul 9, Ankara 8, Izmir 5, Konya 4, Adana 4, Bursa 3, Samsun 3, Zonguldak 3, Afyon, Antalya, Aydin, Balirkesir, Corum, Denizli, Diyarbakir, Erzurum, Gaziante , Hatay, Icel, Kars, Kayseri, Kacaeli, Malatya, Manisa, K. Maras, Ordu, Sivas, Tokat, Trabson und Urfa je 2 Mitglieder, die anderen Provinzen

(Fortsetzung S.11)

Völker im Kampf

Vorbemerkung der Redaktion

Wir beginnen mit dieser Nummer der "Türkei im Kampf" eine Beilage hinzuzufügen. Warum ? Bereits bei der Planung der "Türkei im Kampf" war für uns klar, daß für die antiimperialistische und antifaschistische Bewegung in Westdeutschland und Westberlin im Grunde genommen eine Zeitung notwendig wäre die nicht nur den Kampf eines Volkes, in unserem Fall, den Kampf des Volkes der Türkei, propagiert und unterstützt, sondern alle Kämpfe der Völker, die vor allem vom eigenen, vom westdeutschen Imperialismus unterdrückt und ausgebeutet werden. Aber für ein solches Projekt reichten unsere Kräfte nicht aus und reichen sie auch heute noch nicht aus. Um aber einen Schritt in diese Richtung zu machen, haben wir uns entschlossen damit zu beginnen, Berichte und Artikel über Kämpfe anderer Völker und revolutionärer Bewegungen zu veröffentlichen, mit denen wir in der einen oder anderen Form bereits hier in Westdeutschland praktisch zusammenarbeiten. Dadurch entsteht natürlich zunächst eine gewisse Einseitigkeit, die wir in Kauf nehmen, da uns der Nutzen wesentlich größer erscheint.

So ist auch der Titel der Beilage "Völker im Kampf" programmatisch, als ein Anspruch zu verstehen, den es noch zu verwirklichen gilt und entspricht noch keineswegs der Realität. Wir begreifen das als eine Zielsetzung, die nach und nach durch immer breitere, umfassendere Berichterstattung eingelöst werden wird.

In dieser Beilage beschäftigen wir uns nur mit Ereignissen in Westdeutschland, die die Revolutionäre aus dem Iran und aus Afghanistan betreffen. In der nächsten Nummer hoffen wir bereits einen groben Überblick über einige wesentliche Aspekte der aktuellen politischen Lage im Iran und über die revolutionäre Bewegung im Iran geben zu können.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
E.Stralucke, Mainzerstr.32
6090 RÜSSELSHEIM

Eigendruck im Selbstverlag

****

ABONNEMENT:

Jahresabonnement:
(mind. 10 Nummern,
incl. Porto).......... 17.-DM

Solidaritätsabo....... 25.-DM

Halbjahresabo......... 9.-DM

Bestellungen und Zuschriften sind zu richten an:

Buchladen Georgi Dimitroff
Koblenzerstr.4
6000 Frankfurt /Main

Einzahlungen auf Konto
E.Stralucke Knt.: 294977500
Dresdener Bank, Frankfurt/M
Bankleitzahl 5oo 80000

EIN WEITERER ANGRIFF AFGHANISCHER FASCHISTEN AUF GUAFS

R E S O L U T I O N

AN DIE AFGHANISCHEN PATRIOTEN! AN DIE FORTSCHRITTLICHE ÖFFENTLICHKEIT! AN ALLE ANTIIMPERIALISTISCHEN UND ANTIFASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN!

Am 29.Juni hat die GENERALUNION AFGHANISCHER STUDENTEN (GUAFS) einen afghanischen Abend zum Gedenken der gegen die russischen Invasoren gefallenen Freiheitskämpfer veranstaltet. Ort war Pupille, Studentenhaus Frankfurt. Es sollten Informationen und Berichte über die Lage in Afghanistan gegeben werden, die von einem neuen Aufschwung an den Fronten des nationalen Befreiungskrieges und von einem wachsenden Zusammenschluß verschiedener patriotischer Volkskräfte Zeugnis geben.

Nach den einleitenden Worten und der Bekanntgabe des Programms erhoben sich die Anwesenden zu einer Schweigeminute. In diesem Moment stürmte ein Schlägertrupp unter den Rufen:"Allah ist groß!" das Podium! Fanatische Reaktionäre drängten den Redner vom Podium, zerfetzten die Parolen und Bilder gefallener Revolutionäre, rissen Tischbeine ab und schlugen mit diesen und mit mitgebrachten Eisenstangen und Ketten auf die Anwesenden ein.

Auf Seiten der Veranstalter gab es einige Verletzte; außerdem wurden alle Gegenstände, die zur Durchführung der Veranstaltung notwendig waren, in blinder Wut zerstört. Bei diesem Überfall handelte es sich um ein geplantes Unternehmen, zu dem Leute aus ganz Westdeutschland zusammengezogen wurden. Wer waren diese Schläger?

Es handelte sich um Anhänger folgender faschistischer afghanischer Organisationen, die sich auf den islamischen Glauben berufen und ihn für ihre reaktionären Ziele gebrauchen: Hesbe Islami (unter dem Führer Gulbuddin), Djamate Islami (unter dem Führer Rabbani), Djabhe Mejate Milli Islami (unter dem Führer Mujaddidie), Harakatte Islami und anderer reaktionärer Organisationen.

Diese Organisationen sitzen in Pakistan und dem Iran, sind von den westlichen Imperialisten und den chinesischen Reaktionären abhängig und vertreten die reaktionären Klassen in Afghanistan. Da sie im Befreiungskampf gegen die russischen Invasoren zunehmend isoliert sind, versuchen sie die Führung vermittels faschistischen Terrors an sich zu reißen. Der Film und der Diavortrag, die gezeigt werden sollten, waren ein eindeutiger Beweis dafür. Hier in Westdeutschland arbeiten sie mit faschistischen Organisationen wie z.B. den Grauen Wölfen und der Organisationen GHODS (Auslandsorganisation der Islamisch-Revolutionären Partei im Iran) zusammen.

Durch die Verwaltung herbeigerufen, erschien kurze Zeit später ein Überfallkommando der Polizei. Der GUAFS ist die Rolle der Polizei bekannt. Im Interesse der im Saal anwesenden afghanischen Patrioten, die keine Verbindung mit den faschistischen Schlägern hatten, wollte die GUAFS keinen Polizeieinsatz. Darüber hinaus wollte die GUAFS verhindern, daß sowohl Polizei einerseits als auch Faschisten andererseits einen Einsatz für sich ausnutzen. Deshalb zog es GUAFS vor, sich zurückzuziehen.

Dieser Vorfall ist kein isoliertes Ereignis; er ist in engem Zusammenhang mit der Mobilisierung und den verstärkten Angriffen islamisch reaktionärer Kräfte, gerade auch im Nachbarland Iran, zu sehen.

Wir hier versammelten Demokraten und Antiimperialisten aus Afghanistan, dem Iran, der Türkei und aus Westdeutschland verurteilen diesen faschistischen Überfall und rufen alle fortschrittlichen Menschen und Organisationen, alle afghanischen Patrioten dazu auf, diese Resolution zu unterstützen und zu veröffentlichen!

Dieser Vorfall zeigt uns ein weiteres mal die Notwendigkeit, mehr und enger als in der Vergangenheit zusammenzuarbeiten. Wir fordern alle antiimperialistischen, antifaschistischen Menschen und Organisationen, alle afghanischen Patrioten auf, die gegenseitige Unterstützung ernster als bisher anzupacken, konkrete Schritte in dieser Richtung zu unternehmen, sich besser zu konsultieren und gegenseitig besser zu Veranstaltungen und Demonstrationen zu mobilisieren - nicht zuletzt auch, um sich zukünftig gegen solche faschistischen Überfälle zu schützen.

RUSSISCHE SOZIALIMPERIALISTEN RAUS AUS AFGHANISTAN!
NIEDER MIT JEGLICHEM IMPERIALISMUS UND JEGLICHER REAKTION!

Die Versammelten aus Afghanistan, Iran, Türkei und Westdeutschland



Völker im Kampf

Iraner prügeln sich in

WARUM kam es in der Mensa der TH-Darmstadt zu Auseinandersetzungen ?

WARUM kam es zum Polizeieinsatz und zur Inhaftierung fortschrittlicher Studenten ?

Vergangene Woche kam es in der Mensa der TH zu tätlichen Auseinandersetzungen. In der Presse wurde es so dargestellt, als ob es sich um eine "Schlägerei ausschließlich zwischen politisch links orientierten iranischen Studenten" (Tagblatt 15.7.81) gehandelt hätte, und das es "nicht im Zusammenhang mit der innenpolitischen Situation des Iran zu sehen" (DE 15.7.1981) sei.

Zwischen wem und warum hat aber die Auseinandersetzung tatsächlich stattgefunden ?

Auf der einen Seite handelt es sich um fortschrittliche Studenten, die gegen das Regime und gegen alle anderen reaktionären Kräfte, wie Shah-Bakhtiar-Anhänger und die Liberal-Bourgeosie unter der Führung Bani-Sadr's (Bani-Sadr hatte z.B. Oberbefehl bei der Bombardierung der Kurden sowie bei dem Einmarsch der Miliz in die Universitäten), kämpfen. Sie treten gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Demonstrationsfreiheit ein, die durch den Aufstand gegen das faschistische Shahregime vom Volk erkämpft wurden. Sie kämpfen gegen die Unterdrückung der iranischen Völker, dessen blutigster Höhepunkt die Bombardierung kurdischer Städte und Dörfer war, durch eine Armee die im wesentlichen vom Shahregime übernommen wurde.

Die täglichen Massenhinrichtungen im Iran zeigen das wahre Gesicht des volksfeindlichen Regimes (alle Hinrichtungen finden ohne Gerichtsverhandlungen statt). Allein in den letzten 3 Wochen wurden laut Radio Teheran über 260 Revolutionäre und Kommunisten hingerichtet. Meistens sind dies Mitglieder und Sympatisanten der Organisationen: Modjahedin, Fedayn des Volkes, Peykar und Volksfedayn-Guerilla. Der iranische Geheimdienst (z.Z. des Shah der berüchtigte SAVAK heute umbenannt in SAWAMA) tut zur Unterdrückung und Beseitigung aller fortschrittlichen Kräfte gute Dienste für das jetzige Regime, im Iran und auch im Ausland.

Auf der anderen Seite, standen bei der Auseinandersetzung in der THD, Anhänger der Tudeh-Partei (Bruderpartei der DKP) und der Volksfedayn-Mehrheit, unterstützt durch den MSB-Spartakus (Studentenorganisation der DKP). Sie unterstützen das volksfeindliche Regime und stellen sich als Helfershelfer und Spitzel zur Verfügung. Diese Handlangerdienste werden durch folgendes Dokument belegt:

Im Zentralorgan der Tudeh-Partei Nr. 522, Seite 7 vom Mai 81 heißt es nach der Obersetzung des AStA's der Universität Frankfurt:"... auf Grund der Verantwortung, die (das ZK der Tudeh-Partei) gegenüber der iranischen Revolution, der Islamischen Republik und der revolutionären Bevölkerung trägt, fühlt (es) sich verpflichtet, jede Erkenntnis die die Partei über Aktivitäten und Machenschaften der Konterrevolution für die Beseitigung der Islamischen Republik und der Errungenschaften der Großen Revolution des iranischen Volkes besitzt, immer den zuständigen Behörden der Islamischen Republik zur Verfügung gestellt hat und stellen wird. Die Tudeh-Partei - so heißt es weiter - betrachtet es als eine große Ehre, diesbezüglich für die Verteidigung der Revolution wirksame Dienste geleistet zu haben ...".

Das bedeutet, daß Sympatisanten und Mitglieder der Tudeh-Partei und der Volksfedayn-Mehrheit fortschrittliche iranische Studenten im Ausland bespitzeln, die im Iran mit dem Tod bedroht werden.

Durch die Provokation der aus verschiedenen Städten nach Darmstadt zusammengeholten Tudeh-Leuten kam es zu der Auseinandersetzung in der Mensa der TH Darmstadt. Durch die Polizei wurden nach Angaben von Tudeh-Leuten und von Mitgliedern des MSB-Spartakus drei fortschrittliche Iraner festgenommen. Die Polizei und die Justizbehörden haben offentsichtlich die Angaben dieser Spitzel dankbar aufgegriffen und wollen die Gelegenheit bei Schopf fassen, gegen fortschrittliche Iraner vorgehen zu können. Einer der Verhafteten liegt schwer verletzt im Krankenhaus und steht dort unter polzeilicher Aufsicht.

Wir appelieren an alle fortschrittlichen Kräfte sich für die sofortige Freilassung und Verhinderung von Prozessen einzusetzen. Die Bespitzelung der fortschrittlichen Iraner (durch Fotographieren, sammeln von Namen, Ausforschung der Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen) bedeutet ihr Todesurteil, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren.

- **SOFORTIGE FREILASSUNG UNSERER IRANISCHEN FREUNDE !**
- **EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN**
- SCHLUSS MIT DER BESPITZELUNG IRANISCHER REGIMEGEGNER DURCH TUDEH-PARTEI MIT UNTERSTÜTZUNG IHRER BRUDERPARTEI DKP / MSB-SPARTAKUS !
- SCHLUß MIT FOLTER, TERROR UND HINRICHTUNGEN DER KOMMUNISTEN UND REVOLUTIONÄRE IM IRAN !

ES LEBE DER ANTI-IMPERIALISTISCHE UND ANTIREAKTIONÄRE KAMPF DER IRANISCHEN VÖLKER !

Auf Grund der im Flugblatt geschilderten Zwischenfälle hat sich am 22.7.81 in Darmstadt ein "Komitee für die Freilassung der inhaftierten iranischen Studenten"gebildet. In diesem Komitee haben auch wir vom Antiimperialistischen Komitee Frankfurt mitgemacht. Über die Arbeit dieses Komitees wollen wir kurz berichten. Zuvor aber der neuste Stand:

Die drei iranischen Freunde, die von der Tudeh-Partei und Mitgliedern des MSB-Spartakus bei der Polizei denunziert wurden, und daraufhin wegen "Landfriedensbruch und Verdunklungsgefahr verhaftet wurden, sind am Freitag den 26.7.81 aus dem Gefängnis entlassen worden. Eine iranische Freundin mußte jedoch noch im Krankenhaus verbleiben, da sie schwere Verletzungen davongetragen hat.
Demnächst werden die Prozesse stattfinden, deren Termine wir euch mitteilen werden.

Die iranischen Studenten initiierten die Gründung des Komitees. Am ersten Termin nahmen Vertreter folgender Organisationen teil: Peykar, Volksfedayon-Guerilla, Fedayn des Volkes, Modjahedin, ASTA der TH Darmstadt, Antiimperialistisches Komitee Frankfurt, GEGEN DIE STRÖMUNG, Juso-GAL (Grüne Alternative Liste), KABD, KBW, KSB, Linker Buchladen, Prozeßhilfe Darmstadt.

Die Iraner hatten über die zu leistende Arbeit des Komitees die Vorstellung, daß

- über das volksfeindliche Khomeini Regime im Iran aufgeklärt wird,
- die Rolle der IRP (islamisch-revolutionäre Partei) und ihres Ablegers in der BRD - der Ghodz - entlarvt wird,
- die rote Maske der Tudeh-Partei heruntergerissen wird und im Zusammenhang mit der Politik des Sozialimperialismus gesehen wird,
- die Unterstützung der Freunde in Haft und Propaganda über die stattfindenden Prozesse organisiert wird.

Es fand über die vorgeschlagene Aufgabenstellung des Komitees eine Diskussion statt, in der Vertreter des ASTA und des KBW die politische Diskussion über, z.B. den Charakter des volksfeindlichen und faschistischen Regimes im Iran, die Rolle des westdeutschen Imperialismus, zurückstellen wollten; denn es "gehe vorrangig um die Freilassung der iranischen Freunde."

Scheinbar lag ihnen nicht viel daran, daß man zu einem einheitlichen und politisch klaren und begründeten Standpunkt über das herrschende Regime im Iran kommt, um so den Kampf für die Freilassung der Verhafteten zu führen, und dabei wirklich Klarheit über die Lage im Iran zu schaffen, und eine bewußte Solidarität mit dem unterdrückten iranischen Volk aufzubauen.
Ihr Schlagwort war immer "Praxis, Praxis", - aber sie wollten eine Praxis in einem ganz engen, scheinbar entpolitisierten Rahmen, der nicht über die Forderung nach Freilassung der Verhafteten hinausgeht.

Was den KBW betrifft, so wundert uns das gar nicht, weil er bisher immer zu den eifrigsten Bejublern des Khomeini-Regimes als antiimperialistisch und was nicht noch alles gehört hat.

Das hier faksimilierte Flugblatt, das auf der Kundgebung, am Mittwoch dem 24.7.81 am Luisenplatz, Darmstadt verteilt wurde, war zwar gemeinsam verabschiedet worden, fand aber dennoch nicht die Zustimmung aller Komiteemitglieder.

Die Kritik des ASTA und des KBW bezogen sich auf die Stellen über die Spitzeltätigkeit der Tudeh-Partei, die von der einfachen Bevölkerung nicht verstanden würden. Oberhaupt fand der Asta den Vorwurf der Spitzeltätigkeit der Tudeh-Partei nicht ausreichend bewiesen. Unserer Ansicht nach aber ist das im Flugblatt angeführte Zitat aus dem Zentralorgan der Tudeh-Partei ein klares und eindeutiges Bekenntnis zu dieser Spitzeltätigkeit, außerdem wurden von den iranischen Genossen noch andere Beispiele genannt und auf Dokumente verwiesen.

Ferner lehnte der ASTA die nähere Charakterisierung des Regimes im Iran als faschistisch ab. Wir können diese Einwände nur als Versuche verstehen, Reaktionäre, bzw. ein reaktionäres Regime aus der Schußlinie zu nehmen, und das haben wir auch gesagt.

Obwohl diese Widersprüche nicht ausgeräumt wurden, stimmten am Schluß ASTA und KBW nicht gegen das Flugblatt - wohl mehr aus Gründen der fortgeschrittenen Zeit, als aus inhaltlicher Übereinstimmung.

Die Vielzahl der teilnehmenden Organisationen bei der Gründung des Komitees hätte ja auf den ersten Blick auf ein großes Solidaritätsbewußtsein schließen lassen. Wie aber hat sich die Solidarität mit den Verhafteten entwickelt?

Der Ausspruch des ASTA-Vertreters "Wir unterstützen alles, macht ihr nur mal", wandelte sich in 3 Tagen zu einer totalen Ablehnung des Vorgehens der fortschrittlichen iranischen Organisationen gegen die Tudeh-Reaktionäre. Ähnlich haben sich auch KBW und Juso-GAL verhalten.

Wie kam eine solche Sinneswandlung zustande;?

Die Mehrzahl der beteiligten Gruppen hat eine andere Einschätzung der Situation im Iran sowie über die DKP/MSB-Spartakus. Die letztgenannten Organisationen werden von ihnen als "linke Organisationen" eingeschätzt, an der Uni bzw. Startbahn West usw. werden mit diesen Organisationen Aktionseinheiten angestrebt und durchgeführt, so daß die Bespitzelung der Tudeh-Partei unter Beihilfe des MSB-Spartakus für das faschistische iranische Regime nicht verurteilt

(Fortsetzung S.11)

Der 4. Kongreß der ATIF hat erfolgreich stattgefunden

DIE FRAKTIONISTEN KONNTEN DIE 4. VOLLVERSAMMLUNG NICHT VERHINDERN!
REVOLUTIONÄRE GEGENEINANDER AUFZUHETZEN HAT MIT EINER REVOLUTIONÄREN HALTUNG NICHTS GEMEINSAM

Revolutionäre, Arbeiter, Freunde,

allen Anstrengungen der Fraktionisten in der ATIF zum Trotz fand die 4. Mitgliedervollversammlung statt. Aufgrund der Provokationen einiger "Führer" wurde die 4. Mitgliedervollversammlung, die für den 18. Juni im Vereinslokal des Kulturvereins Heilbronn einberufen war, von nahezu 200 Sympathisanten der Fraktionisten mit dem Ziel angegriffen, gegen die Revolutionäre in Westdeutschland den "Volkskrieg" zu führen.

Der Versammlungssaal wurde durch diesen Angriff stark beschädigt. Es entstand ein Schaden von mehreren Tausend DM. Viele unserer Freunde wurden verletzt. Es kam zum Eingreifen der Polizei in diese Auseinandersetzung. Die Haltung der Revolutionäre gegenüber diesem Angriff war, ruhig Blut zu bewahren, die Auseinandersetzung nicht auszuweiten und eine Straßenschlacht zu verhindern. Die Chefs der Fraktionisten hingegen feuerten zum Kampf an. Die Fraktionisten gingen gegen einige unserer Freunde, die sich in ihrer Nähe befanden, vor, als hätten sie es mit Faschisten zu tun.

Nach diesem Vorfall wurde die Mitgliedervollversammlung nach Pforzheim vertagt. Die Arbeit des alten Vorstandes wurde seitens der Vollversammlung gebilligt. Sämtliche Vereine, die sich auf die Seite der Fraktionisten stellen, wurden aus der ATIF ausgeschlossen. Für die neue Arbeitsperiode wurden Beschlüsse gefaßt und die neuen Führungsorgane gewählt.

Freunde,

wie erfreulich auch der Sieg der 4. Vollversammlung ist, so betrüblich und bedenklich ist hingegen der tätliche Angriff auf die Mitgliedervollversammlung seitens der Fraktionisten und ihrer Sympathisanten.

Schon im Februar 1981 begannen die Aktionen der Fraktionisten mit üblen Nachreden, Verleumdungen, Überfällen und Sabotagemethoden. Heute bedienen sie sich sogar tätlicher Angriffe, um so die ATIF um jeden Preis an sich zu reißen und den Vorstand der ATIF, der die Anschauungen der Fraktionisten nicht teilt, und die Vereine, die den Vorstand der ATIF unterstützen, zu liquidieren. Bei diesen Vernichtungsaktionen fühlen sie sich vollkommen im Recht. Sie selbst erlauben sich, gegen den Vorstand und gegen aktive Mitglieder der ATIF jede beliebige Verleumdung, Nachrede und Lüge vorzubringen. Dem Vorstand der ATIF hingegen soll es nicht gestattet sein, diese Verleumdungen - gestützt auf Beweise - zu widerlegen.

Sie selbst fühlen sich berechtigt, die Unterlagen und Einnahmen der ATIF, Einrichtungsgegenstände der Vereinslokale der ATIF, Eigentum befreundeter Organisationen, Privateigentum von ATIF-Mitgliedern zu beschlagnahmen. Sie fühlen sich berechtigt, die Aktionen der ATIF zu sabotieren und sich zu bevollmächtigen. Der Vorstand der ATIF hingegen soll nicht berechtigt sein, diejenigen aus der ATIF auszuschließen, die an diesen konterrevolutionären Aktionen beteiligt sind; der Vorstand soll ferner nicht das Recht haben, Flugblätter und Zeitungen im Namen der ATIF herauszugeben. Die Disziplin der ATIF ist für diese Leute nicht maßgeblich.

FAŞIST CUNTAYA KARŞI DIRENEN
HALKIMIZLA

In ihren Flugblättern erlauben sie sich im Namen der ATIF den westdeutschen Imperialismus als ein Anhängsel des amerikanischen Imperialismus zu bezeichnen (Flugblatt zum 1. Mai). Sie verfälschen so die kämpferischen Positionen der ATIF und weichen offen nach rechts ab. (Vgl. auch den Artikel über die Vorfälle in Kiel; Mücadel Nr. 56, verfälschte Ausgabe der Fraktionisten) In ihrem Flugblatt, das sie gemeinsam mit DEV-YOL verbreiteten, erklären sie, daß für die Ermordung der Konsule die faschistische Junta des CIA verantwortlich sei und ignorieren somit die Aussagen der Armenischen Untergrundorganisation. Trotz alledem verletzen nach ihren Worten nicht sie, die Fraktionisten, sondern der Vorstand der ATIF das Programm der ATIF.

Ihnen war bekannt, daß der Vorstand der ATIF beschlossen hatte, daß an der Mitgliedervollversammlung nur Delegierte teilnehmen dürfen; daß Vereine, die noch Schulden bei der ATIF haben und diese nicht bezahlen, von der Teilnahme ausgeschlossen sind. Obwohl sie dies wußten und selbst zu einer spalterischen Vollversammlung aufgerufen hatten, kamen sie mit 200 Personen, teilweise bewaffnet, zur Mitgliederversammlung und weigerten sich beharrlich, ihre Schulden zu bezahlen. Außerdem hatten sie einige Tage vorher auf der Mitgliedervollversammlung des Vereins in Ulm eine Auseinandersetzung provoziert. Weiterhin hatten sie versucht, eine Hochzeit in Pforzheim zu verhindern. Es wäre ein großer Fehler gewesen, sie trotz alledem so zahlreich in den Saal der Mitgliedervollversammlung zu lassen. Es wäre ein schwerer Verstoß gewesen, hätte man sie in den Saal gelassen, ohne daß sie ihre Schulden bezahlt hätten.

Kurz gesagt, sich selbst gestatten sie alles, aber was der Vorstand der ATIF auch tut, ist für sie ungerechtfertigt.

Freunde, das ist die Logik "wir sind stark, deshalb sind wir im Recht". Damit verachten sie die Gesetze der Revolution, der Verantwortung, der revolutionären Beziehungen. Für sie gelten nur noch die Gesetze der Willkür.

ATIF

Revolutionäre,
wem kommt es zu Gute, wenn die Revolutionäre heute gegeneinander mit Gewalt vorgehen? Diese Frage müssen wir alle uns heute stellen. Wir sind gezwungen, die Verantwortung zu tragen, die uns die Revolution übertragen hat. Gewalt zwischen den Revolutionären

- *schwächt die Revolution, isoliert sie vor den Massen!*
- *spielt dem Staat der Kompradoren und Grundherren Material für ihre Demagogien in die Hände und stärkt ihn!*
- *erleichtert es, die fortschrittlichen und revolutionären Organisationen in Westdeutschland zu verbieten; kommt dem westdeutschen Imperialismus bei seinen Bemühungen, ATIF zu verbieten, besonders entgegen.*
- *kommt den Provokationen und Angriffen der Imperialisten gegen die Revolutionäre entgegen, ist eine konterrevolutionäre Aktion, die der gesamten Reaktion dient!*

Es ist die Pflicht aller Revolutionäre, diejenigen zu entlarven und zu isolieren, die solche Aktionen durchführen und sich an ihnen beteiligen.

Wir selbst hingegen haben, obwohl wir angegriffen worden sind, mit allen Mitteln versucht, auf diesen tätlichen Angriff nicht mit einen Gegenangriff zu antworten. Wir wählten den Weg der ideologisch-politischen Auseinandersetzung. Wir antworten nicht mit "Rache" auf diese provokatorischen Aktionen. Das soll niemand unserer "Schwäche", unserer "Angst" etc. zuschreiben. Daß wir auf diese Angriffe nicht mit einem Gegenangriff geantwortet haben, liegt an unserer revolutionären Verantwortung. Wir ermahnen diejenigen, die diese Provokationen geplant und durchgeführt haben, nochmals!

Die Verantwortung für die Auseinandersetzungen, die aufgrund eurer

Provokationen entstanden sind, und deren Folgen habt ihr zu tragen. Hört auf mit euren provokatorischen Aktionen gegen Revolutionäre. Verwendet eure Kräfte nicht gegen die Revolutionäre, sondern im Kampf gegen die Faschisten!

Sympathisanten von PARTIZAN, tretet der Provokation entgegen. Bekämpfen wir alle diejenigen, die statt für die revolutionäre Einheit für die Feindschaft zwischen den Revolutionären arbeiten.

Revolutionäre von ATIF, in einer Situation der Provokationen seid vorsichtig und wachsam. Die einzig richtige Antwort an die Provokateure ist, sie im weitesten Umfeld zu entlarven und zu isolieren. Langfristig gesehen ist dies der einzige Weg, die Provokationen zu zerschlagen.

PROVOKATIONEN UND TÄTLICHE ANGRIFFE KÖNNEN DIE ATIF UND DIE REVOLUTIONÄRE NICHT NIEDERRINGEN!
ES LEBE DIE 4.VOLLVERSAMMLUNG DER ATIF!

(Fortsetzung von S.9)

Völker im Kampf

werden könne und man auch mit diesen Gruppen Sölidarität üben müsse. So kam es,daß auf den folgenden Komiteesitzungen auf einmal die iranischen fortschrittlichen Studenten die Provokateure in der Mensa waren und nicht die Reaktionäre der Tudeh-Partei und ihrer Helfershelfer. Das führte dazu, daß zuerst eine Resolution von der Juso-GAL aufgesetzt wurde, die dann vom ASTA, KBW in leicht veränderter Fassung den Iranern und dem MSB-Spartakus vorgelegt wurde, in der die fortschrittlichen iranischen Studenten erklären sollten, "daß sie Gewalt als ein Mittel zur politischen Auseinandersetzung in der Mensa ablehnen" bzw.: "Auf den Konflikt im Iran kann hier in der BRD in der jetzigen Situation nur durch möglichst breite Angebote zur Meinungsbildung aller Studenten eingegangen werden".

In dieser Resolution wird nicht nur demjenigen, der Gewalt in der Mensa anwendet, mit Sanktionen gedroht, die Resolution enthält auch kein Wort der Verurteilung von Tudeh-Partei und MSB-Spartakus, gerade so, als sei keiner der Vorwürfe gegen sie bewiesen, lediglich in ganz allgemeinen Worten wird Spitzeltätigkeit abgelehnt.

Dieser Resolution zufolge, mußten sich die iranischen Freunde selbst verurteilen, sie müßten Büchertische und überhaupt jede Propaganda von - wie die Tatsachen beweisen - faschistischen Gruppen wie Ghodz und Tudeh-Partei zulassen, da dies angeblich dem Meinungsbildungsprozeß dienlich sei. "Meinungsbildungsprozeß" - das klingt sehr liberal und demokratisch, ist aber das Gegenteil davon, da es um die Tätigkeit und die Propaganda von Kräften geht, die im Iran für die blutige Unterdrückung des Volkswiderstandes verantwortlich sind, die die standrechtliche Erschießung von Revolutionären entweder selbst organisieren, oder in jeder erdenklichen Weise unterstützen.

Kein Wunder, daß der MSB-Spartakus bereits vor (!) der Veröffentlichung der Resolution erklärt hat, daß er mit ihrem Inhalt einverstanden sei.

Wir vom Antiimperialistischen Komitee Ffm unterstützen die standhafte Haltung der Iraner, keine Resolution zur Verurteilung von Gewalt als politisches Mittel der Auseinandersetzung zu unterschreiben, sich auf keinen Handel mit dem MSB-Spartakus, des ASTA, des KBW, der Juso-GAL, einzulassen.

ANTIIMPERIALISTISCHES KOMITEE FRANKFURT



(Fortsetzung von S.7)

Die „Demokratie" von Juntas Gnaden

je 1 Mitglied. Damit das ganze nun sehr demokratisch vorgeht, unterbreiten die von der Junta ernannten Gouverneure, der Junta eine Liste mit der dreifachen Zahl, der von ihrer Provinz zu übersendenden Kandidaten. So überbringen also, die von der Junta ernannten und deren Vertrauen genießenden Gouverneure eine Liste mit 36o Kandidaten, welche ihrerseits das Vertrauen der Gouverneure besitzen und von diesen bestimmt worden sind. Die Junta wird dann auf ganz demokratische Weise aus diesen 36o Mitgliedern 24o aussondern. So sind also die restlichen 12o Mitglieder ganz demokratisch gewählt (sprich von der Junta ernannt) worden. Es wäre tatsächlich ein Wunder, wenn einige aus solch abgesicherten, 'demokratischen Wahlen' hervorgegangene Mitglieder der Konstituierenden Versammlung sich in Opposition zur Junta stellen würden. Nun, selbst wenn solch ein Wunder geschehen würde, änderte sich auch nichts, denn das Gesetz betont weiterhin, in aller Offenheit, daß das letzte Wort von dem Nationalen Sicherheitsrat gesprochen wird. Die Konstituierende Versammlung, die als der erste Schritt zur Demokratie von der Junta propagiert wird, ist eine Versammlung, die die Befehle der Junta ausführt. Das Gesetz über die Konstituierende Versammlung zeigt dies ganz deutlich.

Die Aufgaben der Konstituierenden Versammlung werden in dem Gesetz Nr: 2485 auch festgelegt. Darin heißt es, daß sie ein neues Grundgesetz, ein neues Gesetz über Politische Parteien vorbereitet, und bis zu dem Zeitpunkt an dem nach allgemeinen Wahlen das türkische Parlament gegründet und seine Arbeit beginnt (den Zeitpunkt der Wahlen bestimmt der Nationale Sicherheitsrat) die Gesetzgebende Gewalt übernimmt. In dem gleichen Gesetz heißt es weiterhin, daß alle Gesetze und alle Beschlüsse der Konstituierenden Versammlung erst nach der Beglaubigung durch den Nationalen Sicherheitsrat in Kraft treten, und das der Nationale Sicherheitsrat die Gesetze wie er will umändern kann. Dies beweißt noch einmal ganz klar, daß die Konstituierende Versammlung nichts weiter als ein Täuschungsmanöver ist. Durch die Gründung der Konstituierenden Versammlung werden die Rechte der Junta in keinster Weise eingeschränkt.
Die Junta gibt sich dadurch nur einen demokratischen Anstrich; und um diejenigen, die eine formelle Demokratie ins Herz geschlossen haben zu beruhigen, gründet sie aus ihren Vertrauensleuten eine Konstituierende Versammlung.
Um dieses als einen Schritt zur Demokratie zu nennen, muß man entweder wie die Junta dreist oder aber dumm sein.
Eine Reihe von Schreibern der Boulevardpresse in unserem Land loben nun die Junta, daß sie Wort gehalten und einen Schritt auf dem Weg zur Demokratie zurückgelegt hätte. Das einzige was sie vorsichtig hier und da kritisieren ist, daß Personen, die noch bis zum 11. September 198o Mitglied in einer politischen Partei waren, nicht Mitglied der Beratenden Versammlung werden können. Sie sagen, daß dies ein Fehler sei und die Demokratie unglaubhaft mache. Das ist also das einzige, was die Vertreter der "Demokratie" beunruhigt, was nach ihrer Meinung die Demokratie unglaubhaft mache. Wenn man denjenigen, die bis zum 11. September 198o Mitglied in einer Partei waren (was sie meinen sind natürlich nicht einfache Mitglieder sondern Führungskader, die über Jahre hinweg den herrschenden Klassen dienten) das Recht der Teilnahme an der Konstituierenden Versammlung geben würde, wäre alles zum besten bestellt, und die Konstituierende Versammlung hätte demokratischen Charakter.
Eine noch gröbere Vulgarisierung des Ausdrucks Demokratie kann man sich kaum vorstellen! Heute sieht es so aus, als ob die Junta fest im Sattel säße. Aber dieser Schein trügt. In Wirklichkeit ist die heute unerschütterlich aussehende Junta, die ihre Stärke durch neue Gesetze zu beweisen versucht, schwach.

Die eigentlich Starken sind die sich heute in Abwartung stillhaltenden werktätigen Massen. Das letzte Wort werden in der Türkei unter der Führung der Arbeiterklasse die organisierten werktätigen Massen sprechen. Egal, welche Maske die faschistische Diktatur der herrschenden Klassen tragen werden, früher oder später werden sie durch die demokratische Volksrevolution dem Erdboden gleichgemacht.

DEMONSTRATION: SAMSTAG, 12. SEPTEMBER, UM: 12.00 UHR
DUISBURG/HAMBORN, GOETHE PLATZ

AM 1. JAHRESTAG DES MILITÄRPUTSCHES IN DER TÜRKEI

NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN MILITÄRJUNTA!

Vor einem Jahr, am 12. September hatten die Militärs in der Türkei geputscht und hatten eine faschistische Militärdiktatur mit einer 5-köpfigen Junta an der Spitze errichtet.

Dieser Putsch wurde von den Herrschenden in unserem Land auf die Tagesordnung gesetzt nach dem alle Methoden, die die herrschenden Klassen der Türkei anwandten, um den immer stärker werdenden Kampf unseres Volkes für Unabhängigkeit und Volksdemokratie zu unterdrücken, fehlgeschlagen waren und sie sahen, daß ihre Tage gezählt waren.

Gleich am ersten Tag versuchten die Generäle, sich einen demokratischen Anstrich zu geben. Sie sagten, sie wären, sowohl gegen Rechts als auch gegen Links. Aber ihre Taten strafen ihre Behauptungen Lügen und zeigen gegen wen sie in Wirklichkeit gerichtet sind: GEGEN DAS VOLK.

Sie haben das Organisierungs-, Versammlungsrecht, Pressefreiheit aufgehoben, Arbeitergewerkschaften, fortschrittliche, demokratische und revolutionäre Organisationen verboten. Ihre Verantwortlichen und Mitglieder festgenommen. Die Festgenommenen dürfen in den ersten 9o Tagen ihrer Inhaftierung mit ihren Angehörigen, mit ihren Anwälten nicht sprechen und werden bestialisch gefoltert. Sie erfahren nicht einmal, warum sie festgenommen wurden.

Die Militärgerichte verhängen drakonische Strafen. Hier einige Fakten, die für sich sprechen:

- 6 Revolutionäre wurden hingerichtet;
- 15o Revolutionäre wurden zu Tode gefoltert;
- 5oo Revolutionäre wurden während den sogenannten "Operationen" von den Ordnungskräften erschossen;
- Mehr als 14o.ooo Oppositionelle wurden festgenommen;
- Für mehr als 1.ooo Oppositionelle fordert die Staatsanwaltschaft die Todesstrafe;
- Zahllose Menschen wurden durch Folter zu geistigen und körperlichen Krüppeln gemacht;
- Weil die Gefängnisse überfüllt waren, wurden Schulen zu Gefängnissen "umfunktioniert".

Diese Tatsachen beweisen, daß die faschistische Junta in ihrer Brutalität nicht hinter den faschistischen Militärdiktaturen in Chile, Argentinien, Uruguay usw. zurücksteht und belegen, daß die Junta in der Türkei eine Friedhofsruhe ganz im Sinne der Imperialisten und deren Handlanger in unserem Land schaffen mochte. Dabei bekommt die Junta von den westlichen Imperialisten, insbesondere von den westdeutschen und US-Imperialisten, Finanz- (z.b. sogenannte "Türkei-Hilfe") und Militärhilfe in Millidardenhöhe. Das zeigt wiederum, wie ernst Schmidt und Co. es mit den Menschenrechten nehmen, wenn sie die Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie gefährdet sehen.

Die Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie können nicht die Interessen der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in Westdeutschland sein.

Wir rufen alle Fortschrittlichen, Demokraten und Revolutionäre auf, sich mit dem Volk der Türkei zu solidarisieren, und, an der Protestdemonstration, die wir anläßlich des ersten Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei durchführen werden, teilzunehmen.

- TOD DEM WESTDEUTSCHEN IMPERIALISMUS !
- NIEDER MIT DER FASCHISTISCHEN MILITÄRDIKTATUR IN DER TÜRKEI!
- HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

(Fortsetzung von S.2)

WER GEWALT SÄT...

zu zerschlagen.
Ein wesentlicher Grund liegt sicherlich darin, daß die verschiedenen revolutionären Organisationen und Parteien taktisch die Herrschenden unterschätzten, daß sie nicht ausreichend darauf vorbereitet waren, daß der Staatsapparat von den Herrschenden so wie es die jetzige Militärjunta praktiziert, reorganisiert werden könnte. Die spontane Massenbewegung, die durch keine der revolutionären Organisationen auf den Putsch genügend vorbereitet war, konnte so, führungslos und desorientiert leicht von den Militärs zerschlagen werden.
Das führte unter den Massen zu Resignation und zu einer abwartenden Haltung. Die revolutionären Organisationen wurden so von ihrem Umfeld getrennt. Sie konnten nicht mehr wie Fische im Wasser schwimmen. Sie erlitten ebenfalls eine schwere Niederlage. Viele Genossen wurden ermordet, viele verhaftet. Viele der bestehenden Organisationsstrukturen wurden zerstört. Es gelingt kaum einer Organisation eine illegale Propaganda durch Flugblätter, Zeitungene etc. zu organisieren.

Auf der anderen Seite ist es der Junta gelungen durch ihre Demagogie gegen "Rechts-linksterror" und für "Ruhe und Ordnung" breite Schichten des Kleinbürgertums, die zeitweilig durchaus mit revolutionären Organisationen symphatisiert hatten auf ihre Seite zu ziehen.

Durch die aufgezählten Fakten, die verschärfte Repression, die weitgehende Zerschlagung der spontanen Massenbewegung und die schwere Schwächung der revolutionären und fortschrittlichen Organisationen, sowie die ideologische Einflußnahme auf bestimmte Teile des Volkes durch die Junta, ist die heutige Stärke der Junta zu erklären.

Aber; wer Gewalt sät, der wird Gewalt ernten! Es ist keine Träumerei oder Illusionsmacherei, wenn wir heute gerade anläßlich dieses Tages, des 1.Jahrestages des Militärputsches in der Türkei, herausstellen, daß diese Stärke nur eine scheinbare, eine vorübergehende ist. Denn in der Tiefe der gesellschaftlichen Verhältnisse der Türkei wirken alle Widersprüche zwischen den Herrschenden und den Beherrschten, zwischen den Ausbeutenden und den Ausgebeuteten weiter. Keine einzige Ursache des sozialen und ökonomischen Elends der Massen ist beseitigt worden und kann auch gar nicht durch die Herrschenden der Türkei, die Kompradoren und Großgrundbesitzer beseitigt werden.

Die werktätigen Massen der Türkei, die Revolutionäre und Demokraten, die unterdrückten Nationen und Nationalitäten werden aus dieser bitteren Erfahrung der finsteren Herrschaft der Militärjunta ihre Lehren ziehen. Sie werden neue Kämpfe wagen. Und ihnen und nur ihnen wird letztlich die lichte Zukunft gehören, werden sie ein besseres menschenwürdigeres Leben erstreiten.

Die Machtübernahme durch die Militärs wurde lanciert und aktiv unterstützt durch alle westlichen Imperialisten, allen voran der US- und der westdeutsche Imperialismus. Für die westdeutschen und westberliner Antiimperialisten bedeutet das, daß sie umso mehr den gerechten Kampf des Volkes aus der Türkei gegen die Militärjunta, die Kompradoren und Großgrundbesitzer und den Imperialismus mit allen Mitteln unterstützen müssen.



Eine Fabrik nach dem 12.September: Unter Bajonettgewalt muß der Streik der Arbeiter abgebrochen werden.